

II-173 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1317J

1983 -07- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Neisser
und Genossen
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Ausarbeitung eines neuen Hochschullehrerdienstrechtes

In einer vor mehr als fünf Jahren gefaßten Entschliebung hat der Österreichische Nationalrat den Wunsch zum Ausdruck gebracht, eine Regierungsvorlage über eine neue Regelung des Hochschullehrerdienstrechtes übermittelt zu erhalten. Bis heute ist dies nicht geschehen. Ebenso wie die Regierungserklärung des Jahres 1979 enthält auch die des Jahres 1983 wieder ein Versprechen, diesen Problembereich zu lösen.

Wie die vergangene Entwicklung gezeigt hat, war vor allem der neuralgische Punkt des Assistentendienstrechtes Ursache dafür, daß es zu keiner Neuregelung kam. Man konnte sich allerdings des Eindrucks nicht verwehren, daß die Verhandlungen für die betroffenen Gruppen durch den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und durch den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Franz Löschnak nicht mit der erforderlichen Zielstrebigkeit geführt wurden. Vor allem ließ die Koordination zwischen den beiden Ressorts, dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sehr zu wünschen übrig.

Die unterzeichneten Abgeordneten halten es für unverantwortlich, nicht alle Bemühungen aufzunehmen, um in den Fragen des Hochschullehrerdienstrechtes möglichst rasch zu einer Lösung zu kommen, die auch für die Betroffenen akzeptabel ist. Es handelt sich dabei um eine längst fällige Folgemaßnahme zum UOG, deren Ausbleiben ein nicht unbeachtliches Maß an Verunsicherung bei den Betroffenen, vor allem bei den Assistenten, hervorruft.

-2-

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

1. Was wurde Ihrerseits bis jetzt getan, um die Verhandlungen über ein neues Hochschullehrerdienstrecht weiterzuführen?
2. Haben Sie im besonderen mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Franz Löschnak ein klärendes Gespräch geführt?
3. Haben Sie mit Vertretern der Betroffenen (Professoren und Assistenten) Gespräche über diese Reform geführt?
4. Bis wann sind Ihrer Meinung nach die Arbeiten über einen solchen Gesetzesentwurf abgeschlossen?